

Neue Bürokratisierungswelle im Wohnungsbau rollt auf Ostwestfalen zu.

Wenn es nach dem Willen des NRW-Wohnungsbauministeriums und der Bezirksregierung geht, wird die Wohnungsbauförderung in OWL, d. h. die Förderung von Wohneigentum oder Mietwohnungen im sozialen Wohnungsbau, verbürokratisiert und verzögert. Regionale Konsensrunden zum Wohnungsbau müssen zusätzlich stattfinden, ein regionaler Konsens herbeigeführt werden, obwohl in OWL im Bereich der Wohnungsversorgung sehr unterschiedliche Anforderungen und Bedürfnisse in den einzelnen Städten und Kreisen vorliegen. Geplant ist eine Budgetierung für ganz OWL.

Was spricht gegen eine regionale Budgetierung der Wohnungsbauförderung für ganz OWL?

Die Bielefelder CDU-Landtagsabgeordnete Angelika Gemkow teilt die Bedenken der CDU-Landtagsfraktion und findet, dass die Kommunen gemeinsam mit den Wohnungsbauinvestoren bisher immer ortsnahe Lösungen für den Wohnungsbau gefunden haben. Diese Zusammenarbeit hat sich bewährt.

Die Region ist viel zu groß, so die Bielefelder CDU-Landtagsabgeordnete Angelika Gemkow. Von Warburg bis Rahden völlig unterschiedliche Wohnungsmärkte und Nachfrage nach Mietwohnungen und Eigenheimen in OWL. Teilweise noch Nachfrage nach neuen Mietwohnungen wie in einzelnen Ballungsgebieten, teilweise auch schon Leerstände im Bereich der Mietwohnungen oder die Befürchtung zukünftiger Leerstände von Mietwohnungen. Im Bereich der Nachfrage nach Eigenheimen auch unterschiedliche Bedarfe und Nachfrage in unseren Städten und Gemeinden in OWL.

Es gibt im Wohnungsbau, so Angelika Gemkow, über die ganze Region OWL nach ihrer Meinung hinweg keine gemeinsamen Problemlagen, die Bedarfe sind sehr unterschiedlich. Die Wohnraumförderung ist nach Meinung der CDU-Landtagsfraktion im übrigen keine Aufgabe staatlicher Mittelbehörden. Vielmehr sollen die Kommunen eigenverantwortlich und sachkundig gemeinsam mit den

Wohnungsbauinvestoren die Verfahren zur Wohnungsförderung organisieren. In unseren Kommunen ist der Sachverstand. Wir brauchen keine neuen, zeitraubenden bürokratischen Konsensrunden für den Wohnungsbau, so Angelika Gemkow.

Das Verfahren hat sich eingespielt. Die Investoren haben schnell Klarheit und Sicherheit.

Zur Verfahrensabstimmung ist ein Gespräch mit den Kommunen für den 11.02.04 geplant. Die CDU im Landtag hat Probleme mit dem angekündigten Verfahren und fragt, warum nicht die Kommunen die Entscheidung über den Einsatz der Fördermittel haben sollen?

Bisher haben die Kreise und die Stadt Bielefeld mit dem Düsseldorfer Bauministerium Anträge zu Wohnungsbauinvestitionen abgestimmt und über die Verteilung der Wohnungsbaumittel im Interesse der jeweiligen Wohnungsmärkte vor Ort Konsens gefunden.

Angelika Gemkow